

Nordwestzeitung (Oldenburg) vom 25. Mai 2012

Weichen für Bahn-Vergleich gestellt - LÄRMSCHUTZ Liste mit Forderungen aufgestellt?

Private Kläger wollen sich bis zum 28. Juni entscheiden

Nach der Stadt hat auch die GSG angekündigt, dem Vergleich mit der Bahn zuzustimmen. Die privaten Kläger geben sich kompromissbereit.

VON JASPER RITTNER

Viele Bahnanlieger in Oldenburg können auf Lärmschutz schon im kommenden Jahr hoffen. Nach der Stadt will auch die GSG dem Vergleichsangebot der Bahn zustimmen. Und die privaten Kläger sowie die Initiativen IBO und LiVe teilten am Donnerstag mit: „Wir sind grundsätzlich vergleichsbereit“, so IBO-Vorsitzender Christian Röhlig. Allerdings fordert man eine konkrete Auflistung der Schutzmaßnahmen. Zu den weiteren Details gehören u.a. auch eine geschickte Fahrplangestaltung (Schutz der Nachtruhe) und Tempobegrenzungen. Bis zum 28. Juni wollen sich die privaten Kläger endgültig festlegen.

Einen umfassenden Forderungskatalog hat am Donnerstag der Anwalt der Stadt, Prof. Bernard Stüer, an die Bahn geschickt. Neben einer generellen Forderung nach einer Umgehungsstrasse und Tempolimits soll die Bahn u.a. sofort auf Gefahrguttransporte verzichten und Lärmschutz auch für Osterburg anbieten. Zudem wird ein Wertminderungsausfall für Immobilienbesitzer entlang der Strecke gefordert. Ob die Bahn mehr als die bisher zugesagten sechs Millionen für vorgezogenen Lärmschutz bezahlt, wird sich vermutlich erst im Richtergespräch klären.

Unterdessen hat die Stadt angekündigt, die Kostenschätzungen für Bestandsstrecke und Umgehung neu zu rechnen. Hintergrund: Bei der ersten Kalkulation hatte es heftige Kritik gegeben, dass die Kosten für eine neue Huntebrücke (150 Millionen Euro) nicht mit aufgeführt waren. Auch bei den beiden Alternativtrassen sollen einige Punkte noch nachkalkuliert werden.

Die Hochrechnung für die Seefeldt-Trasse lag bei 300 Millionen, die von den Linken vorgeschlagene Variante etwa 20 Millionen niedriger. Die Bestandsstrecke hatte die Stadt mit etwa 100 Millionen angegeben (**NWZ** berichtete). Nun käme die (eigentlich nicht zur Ausbaustrecke zählende) Huntebrücke (150 Millionen) dazu. Auch der Neubau der Pferdemarktbrücke soll kalkuliert werden.

dto.: NWZ-Kommentar:

Kompromiss statt Poker

In den vergangenen Wochen machte es eher den Eindruck, Bahninitiativen, Stadt und Bahn würden mit mehreren Zügen ungebremst aufeinander zu rollen. Doch plötzlich scheinen die Weichen für Konsens und für eine vernünftige Lösung gestellt zu sein.

Die große Lösung „eine Umgehung um die Stadt herum“ gibt es zwar noch nicht. Doch niemand muss diese Forderung beerdigen. Trotzdem ist eine kleine Lösung in greifbarer Nähe. Schallschutzfenster sind sicher nicht optimal, aber auch besser als gar kein Lärmschutz. Außerdem soll es die Fenster schon 2013 geben. Lärmschutzwände an der Strecke in Oldenburg dürften hingegen wohl kaum vor 2018 gebaut werden.

Die Kläger müssen im Gegenzug nur ihre Einwände gegen die Planfeststellungsabschnitte nördlich von Oldenburg aufgeben, nicht die generelle Forderung einer Umgehung.

Man hat also den Spatz in der Hand und darf trotzdem noch auf die Taube hoffen. Eine Pokerpartie beim Bundesverwaltungsgericht könnte allerdings nach hinten losgehen. Richter schätzen vernünftige Vergleiche und kein Basar-Gefeilsche.

@ Den Autor erreichen Sie unter rittner@infoautor.de